Stadtverwaltung Unterschleißheim
z. Hd. Herrn Bürgermeister Christoph Böck
Mitglieder des Stadtrates Unterschleißheim

26. April 2021

Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Der Stadtrat möge für die Folgenutzung der Räumlichkeiten in der Pegasusstraße 18 folgenden Antrag beschließen:

Die Fraktionen der SPD und Grünen beantragen hiermit die Einrichtung eines Pflegestützpunktes in den zum 1. September 2021 freiwerdenden Räumlichkeiten der Volkshochschule in der Pegasusstr. 18.

Begründung:
In der Hauptausschusssitzung am 24. März 2021 wurde der Beschluss gefasst, für das Mietangebot weiterer Räume für die VHS an der Landshuter Straße die Mietkosten zu übernehmen. Somit werden die Räumlichkeiten in der Pegasusstraße frei und stehen für eine anderweitige Nutzung für die Stadt zur Verfügung. Der Umzug soll zum 1. Sept. 2021 stattfinden.

Jeder 4. Bewohner Unterschleißheims ist über 60 Jahre alt. Der Beratungs- und Unterstützungsbedarf älterer Menschen in den verschiedenen Lebensbereichen ist hoch. Seniorinnen und Senioren brauchen eine Anlaufstelle, um ihnen mit Hilfsangeboten, Beratung und Informationen in Problemsituationen zur Seite zu stehen. Die freiwerdenden VHS Räume in der Pegasusstraße eignen sich sehr gut für die Einrichtung eines Pflegestützpunktes. Die Umsetzung könnte relativ schnell erfolgen, auch die zentrale Lage im Stadtkern spricht dafür. Eine enge Zusammenarbeit mit dem AWO Senioren-Begegnungszentrum, das sich ebenfalls in der Pegasusstraße 18 befindet, könnte für die Beratungstätigkeit und für die Umsetzung neuer Angebote sehr hilfreich sein.

Der Pflegestützpunkt sollte ein Impulsgeber für die Entwicklung bedarfsgerechter Angebote sein und die Vernetzung ehrenamtlicher, nachbarschaftlicher und professioneller Akteure im Bereich der Altenhilfe und Seniorenarbeit in der Kommune koordinieren. Die Einrichtung sollte eine individuelle, neutrale, unabhängige Beratung rund um die Themen Alter und Pflegebedürftigkeit anbieten, auch für Angehörige und Betreuer.

Zur Zeit befinden sich bayernweit mehrere Stützpunkte in der Gründungsphase. Wie der Bayerische Städtetag mitteilt, wurden durch einen Rahmenvertrag mit dem Freistaat wichtige Vorrausetzungen für die Gründung geschaffen. Der Freistaat gewährt eine Anschubfinanzierung, 2/3 der Kosten erhalten die Kommunen von den Kassen.

Wir bitten um die Annahme und Umsetzung unseres Antrags.

Dr. Birte Bode
SPD Sozialreferentin

Lissy Meyer
Bündnis 90/Die Grünen
Sozialreferentin

Annegret Harms
3. Bürgermeisterin